

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen Zentralverbandes * Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die graphische und papierverarbeitende Industrie

21. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf.
monatlich 20 Pf. ohne Postgebühren

Berlin, den 26. Dezember 1925

Erscheint vierzehntägig Samstags
Eingelnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 26

Allen Kolleginnen und Kollegen, Mitarbeiter und Freunden unseres Graphischen Zentralverbandes wünschen wir

gesegnete Festtage

in der Hoffnung, auch im neuen Jahre mit vereinten Kräften für unsere Ziele streben zu können
Zentralvorstand und Redaktion

Liebe und Frieden

Liebe bringt Frieden. Liebe ist Voraussetzung für den Frieden. Wo Frieden, da auch Liebe. Eins zieht das andere mit sich. Das eine ist ohne das andere nicht denkbar.

Weihnachten ist das Fest der Liebe und damit auch das Fest des Friedens. Nur im Sinne der Weihnachtsgottschalk werden wir die soziale Frage lösen, oder wir werden sie niemals lösen. Freilich, der gute Wille aller Beteiligten ist dazu erforderlich. Haben wir diesen Willen, finden wir ihn bei den anderen?

Liebe und Frieden allen unseren Brüdern und Schwestern zu bringen, ist vornehmste Aufgabe unserer christlichen Berufsorganisationen. Der in der ersten Weihnacht als Sohn eines armen Handwerkers geboren wurde, er hat uns den Weg unseres Wirkens gewiesen. Verachtet war die Arbeit, misachtet und verhöhnt der Arbeiter. Christus adelte die Arbeit und gab uns das Fundament, darauf wir das Leben der Arbeit aufbauen sollten. Das Fundament aber ist das Christentum.

Wie oft hat es den Anschein, als sei unser Wirken für die Liebe und den Frieden vergeblich. Als sei nichts mehr zu helfen, nichts zu retten, nichts zu ändern; als würden wir in der großen Wüstenei des Egoismus und Klassenkampfes erdrückt und aufgerieben. Das Christentum, so sagt man weiter, verurteilt den Menschen zur Duldsamkeit und Untertänigkeit in allen irdischen Dingen. Es habe in den nahezu zweitausend Jahren nicht bewiesen, daß es die Kräfte beistehe, um allen Menschen den wahren Frieden zu bringen. Die so denken und reden, haben nichts vom Geiste der ersten Weihnacht. Denn, wenn eine Macht auf Erden in der Lage ist, uns den Weihnachtfrieden geben zu können, so ist es das eherner Gesetz Christi: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!

Des armen Handwerkers Sohn ist der Erlöser aller Menschen, ist ganz besonders der Erlöser der Arbeiter. Er adelte die Arbeit und zog den Sklaven aus den Tiefen der gesellschaftlichen Misachtung und Entrechtung zu den lichten Höhen der Würde, der Gleichberechtigung und Anerkennung. So kämpfen wir in seinem Namen, in seinem Auftrage den Kampf um kulturellen Wohlstand. Das große Gesetz von Recht und Pflicht soll für alle Geltung haben, für Arbeiter und Unternehmer.

Das Christentum fordert Vorwärtsdrängen nach wirtschaftlicher und geistiger Besserstellung. Gewerkschaftsarbeit ist also eine Konsequenz des Christentums. Christliche Grundgedanken müssen im öffentlichen Leben zur Geltung kommen, wenn nicht die gesamte Gesellschaft an innerer Fäulnis elend zugrunde gehen soll.

Dieses Bewußtsein ist aus den Herzen vieler Menschen gewichen. Die Lehre Christi ist vergessen. Man wollte sie vergessen, um an deren Stelle die Lehre des eigenen Sinnes zu setzen. Und diese Lehre konnte keine andere sein als der Egoismus. Keine

Solidarität, keine Nächstenliebe, keine Pflege der Interessengemeinschaft: nur Selbstsucht, Liebe des eigenen Ich, nur Perzentum, unbekümmert darum, ob Tausende dabei zugrunde gehen, Tausende in ihren Rechten gekümmert werden. Die Arbeiterchaft muß diese Lehre tagtäglich am eigenen Leibe erfahren. Was anders lehren denn die gewaltigen gewerkschaftlichen Kämpfe?

Gewerkschaftsarbeit ist praktische Ausübung des Christentums. Wenn dies doch mehr erkannt würde! Wenn alle sich freudig in den Dienst der Gewerkschaftsarbeit stellten, so oft und wo es nötig erscheint! Wollen wir der Menschheit Liebe und Frieden bringen, dann müssen wir sie vor allem und zunächst unserem engeren Kreise mitteilen. Fanget bei euch an! Gebt Liebe, und verbreitet so den wahren Weihnachtfrieden!

Internationale Lohnstatistik

Die Lage der Arbeiterchaft in den verschiedenen Ländern ist besser zu beurteilen, wenn man einen Ueberblick über die Lohngestaltung hat. Wie der Lohn, so die Lebenshaltung! Wenn dieser Grundgedanke auch nicht ganz zutreffend ist, so hat er doch viel für sich. Freilich darf man dabei nie den sogenannten Preisstandards aus dem Auge verlieren. Man kann mit dem höchsten Lohn wenig anfangen, wenn die Preise nicht in einem gerechten Verhältnis zum Lohn stehen. Heft 3, 1925, der „Wirtschaftskurve“ der „Frankfurter Zeitung“ bringt eine vergleichende Zusammenstellung der Lohnsätze in den Industrien verschiedener Länder. Bei den deutschen Löhnen wurden die Ende Juli in Frankfurt a. M. geltenden höchsten Tariflöhne eingesetzt. Die höchsten Tariflöhne sind ebenfalls aus den anderen Ländern herangezogen. Die tariflichen Stundenlöhne wurden mit der tariflichen Arbeitsstundenzahl der Woche multipliziert, und so als Wochenlöhne auf einen einheitlichen Renner gebracht. Nicht berücksichtigt sind höhere Löhne als Folge von Afford- oder Ueberarbeit. Die Umrechnung erfolgte der besseren Uebersicht wegen in Reichsmark nach dem zeitigen Wechselkursstande. Es ergaben sich so folgende Tarif-Wochenlöhne in Deutschland und im Auslande:

Industrien	Deutschland						Frankreich						Österreich						England						Schweden						Vereinigtes Staaten					
	M		K		P		M		K		P		M		K		P		M		K		P		M		K		P							
Baugewerbe	50,16		40,82		40,30		82,11		86,40		227,20		50,16		35,28		45,40		78,86		81,00		281,00		64,39		62,50		82,11		328,40					
Maler	48,00		25,30		31,22		62,56		78,80		171,86		34,56		37,90		34,00		47,48		—		203,30		27,84		25,20		21,00		36,72					
Metallindustrie	34,56		37,90		34,00		47,48		—		203,30		27,84		25,20		21,00		36,72		—		—		22,56		26,52		16,74		59,16					
Gelenker	22,56		26,52		16,74		59,16		41,63		—		48,00		41,83		38,80		88,28		—		221,76		48,00		41,83		38,80		88,28					
Textilindustrie	48,00		41,83		38,80		88,28		—		221,76		46,00		40,32		73,44		86,40		252,00		—		46,00		40,32		73,44		86,40					
Baumwollspinner	46,00		40,32		73,44		86,40		252,00		—		36,00		—		—		—		—		—		36,00		—		—		—					
Buchdruckerei	36,00		—		—		—		—		—		45,00		—		—		—		—		—		45,00		—		—		—					
Buchdrucker	45,00		—		—		—		—		—		31,68		—		—		—		—		—		31,68		—		—		—					
Handbinder	31,68		—		—		—		—		—		23,76		—		—		—		—		—		23,76		—		—		—					
Holzindustrie	31,68		—		—		—		—		—		23,76		—		—		—		—		—		23,76		—		—		—					
Wacharbeiter	23,76		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—					
Wagnereiarbeiter	—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—					
Vorfertiger (Taschner)	—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—					
Schneider (Herren)	—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—					
Schuhindustrie	—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—					
männlich	—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—					
weiblich	—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—		—					

Diese Gegenüberstellung beweist, daß die Lohnhöhe auf die Konkurrenzfähigkeit einer Industrie auf dem Weltmarkt eine ganz untergeordnete Rolle spielt. Wäre das Gegenteil der Fall, so könnten die Vereinigten Staaten als Mitbewerber um den Absatz auf dem Weltmarkt gar nicht in Frage kommen. Bekanntlich aber ist Amerika das Land, das den Industriestaaten Europas wegen der Billigkeit der Erzeugnisse am meisten Konkurrenz macht. Die Produktionsintensität scheint das Entscheidende bei der Preisbildung zu sein. Es ist deshalb sehr unvernünftig von den deutschen Unternehmern, wenn sie immerfort

die „hohen Löhne“ als den Ruin der Wirtschaft bezeichnen.

Sozialpolitisch dürfen die deutschen Arbeiter aus den genannten Lohnsätzen keine falschen Schlüsse ziehen. Wo die Löhne doppelt so hoch sind wie in Deutschland, ist nicht etwa die Lebenshaltung der Arbeiter doppelt so gut wie in Deutschland. Die drei zuletzt aufgeführten Länder z. B. hatten schon vor dem Kriege erheblich höhere Lebenshaltungskosten als Deutschland. Zum Teil ist die Verteuerung der Lebenshaltungskosten in der Kriegs- und Nachkriegszeit auch erheblich mehr angewachsen. Hatte Deutschland im zweiten Vierteljahr 1925 eine Durchschnittsindexzahl von 137 (Vorkriegszeit 100), so war sie in England, Schweden und den Vereinigten Staaten auf 170 bis 180 gestiegen. (In Frankreich und Österreich blieb sie mit rund 100 ziemlich konstant.)

Es wäre eine sehr dankbare Aufgabe für die Betriebsräte, an Hand exakter Feststellungen zu prüfen, wie die Lohnentwicklung in den einzelnen Betrieben vor sich ging, und in welchem Verhältnis Lohn- und Produktionsvertrug früher zueinander standen und heute stehen. Im allgemeinen dürfte festzustellen sein, daß der Produktionsvertrug größer, die Lohnsumme in ihrer realen Bedeutung jedoch geringer geworden ist. Die Steigerung der Produktionsintensität hat ohne Zweifel auch in Deutschland große Fortschritte gemacht. Die Arbeitgeber leugnen das zwar, aber wahr bleibt es dennoch.

Produktionschah der Verbraucher

Jetzt werden so ziemlich alle Wirtschaftsgruppen des Handels und der Industrie zum Preisabbau Stellung genommen haben. Alle natürlich zustimmend, aber jede Gruppe für sich den Vorbehalt machend, daß eine Verteuerung durch ihre Tätigkeit nicht eintritt. Selbst die Kartelle und Syndikate, bei denen zum Teil ohne Zweifel Verteuerungen vorliegen, versichern, daß ihre Tätigkeit nur dem Allgemeinwohl diene. Das Kabinett Luther ist mit Energie seinen Weg gegangen. Luther wollte sein Versprechen bei der Beratung der Zollvorlage wahr machen, daß er einen Preisabbau erzwingen werde. Das Vorgehen der Regierung Luther hat ohne Zweifel einen Erfolg, zwar nicht den, daß die Preise sich senken, sondern daß manche geplante Erhöhung unterbleibt. Soweit hier und da bei diesem oder jenem Bedarfsgut eine Preisentwertung eingetreten ist, ist diese Tatsache nicht die Folge der Aktion der Regierung, sondern eine Begleiterscheinung der guten Ernte im In- und Auslande. Würde nicht dieses glückliche Zusammentreffen der guten Ernte und der Erntezeit mit dem Inkrafttreten des Zolltarifs vorhanden gewesen sein, so würden wir einen starken Preisaufruf erlebt haben.

Die breiten Verbraucherschichten müssen sich jedoch darüber klar sein, daß die Wirkung der Preisabbauaktion der Regierung keine dauernde sein wird, sondern daß über kurz oder lang die Tätigkeit der Preisfonditionen wieder einsetzen wird und damit erneute Verteuerung der täglichen Bedarfsgüter in Aussicht steht. Selbst die Fabrikanten von überbewerteten Warenartikeln wehren sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Herabsetzung ihrer Preise. Nicht lange mehr, und die Preisabbauaktion der Reichsregierung gehört der Geschichte an. Die Verbraucher werden nach wie vor das Objekt gewinnhelfender privater Händler und Verteller sein.

Muß dieser Zustand denn für ewig so sein? Nein, dieser Zustand kann aufgehoben, kann geändert werden, wenn die breiten Schichten gewillt sind, ihre Kauf- und Kapitalkraft zur Aenderung dieses unhaltbaren Zustandes einzusetzen. Die Einordnung der Verbraucher und Arbeitnehmerschichten in die deutsche Wirtschaft ist der Weg, der eine Aenderung erzwingen kann. Der Weg ist einfach. Organisation der Kauf- und Kapitalkraft der breiten Schichten in den Konsumgenossenschaften ist das Mittel, das zum Erfolge führen wird. Die Verbraucher müssen ihr eigener Kaufmann, ihr eigener Händler und ihre eigene Sparkasse werden.

Die erste Stufe des Einbringens in die Wirtschaft ist der gemeinsame Einkauf für den gemeinsamen Bedarf. Ausschluß des überflüssigen Zwischenhandels und Gewinne ist die Folge. Diese erste Stufe stellen unsere deutschen Konsumvereine dar, nur müssten ihnen anstatt vier Millionen Familien zehn Millionen Familien angehörend. Abdann sind unsere deutschen Konsumvereine noch nicht so weit, um alle Bedarfsgegenstände zu vermitteln. Es fehlen dafür die unbedingt notwendigen finanziellen Mittel. Eine große Anzahl von Konsumgenossenschaften hat schon die zweite Stufe des Einbringens in die Wirtschaft erflommen. Sie haben Produktionsbetriebe, vor allem Brotbäckereien, errichtet, um dieses wichtige Nahrungsmittel selbst herzustellen und damit auch den Gewinn des privaten Händlers dem Verbraucher zuzuleiten. Eine ganze Anzahl von Produktionsbetrieben kann jedoch die einzelne Genossenschaft nicht errichten, weil der Bedarf der einzelnen Genossenschaft zu klein und die Kapitalkraft zu gering ist, um diese große Aufgabe zu erfüllen. Diese Aufgabe fällt der Warenzentrale der Konsumvereine zu.

Die Warenzentrale des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine ist die „Gepag“, Großverkaufsgesellschaft und Produktions-Genossenschaft deutscher Konsumvereine in Düsseldorf-Neisholz. Sie betreibt heute schon eine Seifenfabrik, eine Fleischwarenfabrik, eine Zigarettenfabrik, eine Kaffeerösterei und eine Buchdruckerei. Die „Gepag“-Betriebe beschäftigen heute schon eine große Anzahl von Arbeitern und Angestellten, die hier lohnende Arbeit gefunden haben, und zwar im Dienste ihrer eigenen Standesgenossen. Diese Betriebe sind aber nur ein Anfang, denn das Ziel muß sein, alle Bedarfsgegenstände der breiten Schichten selbst herzustellen. Die Voraussetzung dieser eigenen Wirtschaft der Verbraucher aber ist Geld. Die Genossenschaftsbewegung der breiten Verbraucherschichten kann nicht nur mit Idealen ihre neue Sozialwirtschaft aufbauen. Zu diesem Aufbau bedarf sie ferner ebenso des schönsten Mannes, wie der private Fabrikant und Industrielle.

Woher soll dieses Genossenschaftskapital kommen? Der einzige Weg, dieses Kapital zu erhalten, ist die Sparrkraft der Verbraucher. Man wird einwenden, daß das Einkommen der breiten Schichten so gering ist, daß Sparen eine Unmöglichkeit ist. Die schwere Lage der Arbeitnehmer ist nicht zu verkennen, aber trotzdem muß das Kapital für die Eigenwirtschaft der Verbraucher beschafft werden. Wo der Wille vorhanden ist, da wird er zur Tat werden. Es sind auch keine großen Summen, die von den einzelnen verlangt werden. Jeder Verbraucher, jeder Gewerkschaftler und jedes Arbeitervereinsmitglied, jeder gebe einige Mark und ein guter Anfang ist gemacht. In dieser Frage der Schaffung der Eigenwirtschaft der Verbraucher müssen Konsumgenossenschaften, Gewerkschaften und Arbeitervereine Hand in Hand gehen. Die Mitglieder dieser Organisationen sind in gleicher Weise an diesem Ziel des Einbringens in die private Wirtschaft interessiert.

Der Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine in Dresden hat beschlossen, einen Produktionsverband von 1 Million Reichsmark zu schaffen. An der Schaffung dieses Schöpfes sollen alle Arbeiter, Angestellte und Beamte, sich beteiligen. Jeder soll einige Mark als Darlehen der „Gepag“, der Zen-

trale der neutralen Konsumgenossenschaftsbewegung, geben. Es wird kein Opfer verlangt, sondern dieser Betrag wird als Spargeld verzinst und nach Ablauf von zehn Jahren mit dem doppelten Betrage zurückvergeben. Diese Beträge werden während im Interesse der Verbraucher in den eigenen Produktionsbetrieben der „Gepag“ angelegt.

Die Verbraucherschicht hat doppelten Nutzen von dieser Darlegung des geringen Betrages zum Genossenschaftskapital. Erstens erhält jeder einzelne eine gute Verzinsung und zweitens wird die Eigenwirtschaft und die preisverbilligende Tätigkeit der Genossenschaftsbewegung gestärkt. Die Schöpfcheine sind ausgestellt auf eine Reichsmark und werden nach zehn Jahren mit zwei Reichsmark zurückgezahlt. Diese Schöpfcheine sind in allen Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaften des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine zu haben. Desgleichen sind sie bei Einverständnis des Betrages zusätzlich einer 10-%-Zinsmarke von der „Gepag“, Düsseldorf-Neisholz, zu erhalten. Diese kurze Adresse genügt.

Es wird sich jedoch zeigen müssen, ob die Verbraucher sich mit Schimpfen auf die hohen Preise begnügen wollen, ohne Erfolg, oder ob sie bereit sind, praktisch selbst Hand anzulegen, um Einfluß auf die Preisgestaltung zu gewinnen. Das Sprichwort, „Jeder ist seines Glückes eigener Schmied“, gilt auch hier. Alle Hoffnungen auf Staat und Gesellschaft und ihre Gesetze werden vergebens sein, wenn die breiten Schichten nicht als sozialer Wirtschaftsfaktor in die private Wirtschaft eintreten. Jeder, auch der ärmste, kann für dieses große Ziel einer starken Sozialwirtschaft einige Mark hergeben. Was muß alles Schimpfen über den privaten Kapitalismus, wenn wir nicht bereit sind, unsere Kauf- und Sparrkraft für die Eigenwirtschaft einzusetzen. Der Produktionschlag der Konsumgenossenschaften ist der Prüfstein, ob die Verbraucher reif sind zur Selbsthilfe und fähig zur Gestaltung ihrer eigenen Wirtschaft. Dieser Beweis muß erbracht werden, das verlangt die Lage der breiten Schichten, die sich emporringen müssen zu Luft und Licht im Interesse der Zukunft unseres Volkes.

Peter Schlack.

Volkswirtschaft — Sozialpolitik

Statistisches von der Lohnsteuer. Das Reichsfinanzministerium hat lehrreiche Zahlen für das Einkommen der Lohnsteuerpflichtigen zusammengestellt. Danach beträgt die Zahl der Arbeitnehmer in Deutschland etwa 22,3 Millionen. Nimmt man an, daß vom 1. Januar 1926 an der steuerfreie Lohnbetrag auf 100 M. jährlich erhöht wird, dann müssen von dieser Zahl 3,3 Millionen abgezogen werden, nämlich die Arbeitnehmer, die weniger als das Existenzminimum von 100 M. monatlich Einkommen haben. Daraus ergibt sich, daß etwa 19 Millionen Lohnsteuer bezahlen. Von diesen sind etwa 11,4 Millionen ledig und 7,6 Millionen verheiratet. Die Gesamtzahl der Lohnsteuerpflichtigen wird in der amtlichen Statistik folgendermaßen verteilt:

Einkommen	bis 2400 M.	89,62 v. H.
Einkommen von 2400 bis 5000 M.	8,56 v. H.	
Einkommen von 5000 bis 9000 M.	1,19 v. H.	
Einkommen von 9000 bis 15000 M.	0,32 v. H.	
Einkommen von 15000 bis 30000 M.	0,18 v. H.	

Diese Gruppeneinteilung wird nicht das Durchschnittseinkommen der Lohnsteuerpflichtigen der einzelnen Gruppen festhalten. Nach Ermittlungen, die beim statistischen Reichsamt gemacht wurden, beziehen nach dem gegenwärtigen Stande 88,3 v. H. aller tatsächlich entlohnten Industriearbeiter ein durchschnittliches Jahreseinkommen von rund 2100 M. Die größte Zahl der Industriearbeiter fällt also unter die erste Einkommensgruppe. Da aber die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter, der Hausangestellten und vieler kaufmännischen Angestellten vielfach geringer sind als die Löhne der nach Tarif bezahlten Industriearbeiter, wird als Durchschnitt für diese Gruppe ein Betrag von 1750 M. angesetzt. 17 Millionen Lohnsteuerpflichtige zählen zu dieser Gruppe. Davon sind 10,2 Millionen ledig. Unter die nächste Gruppe von 2400 M. bis 5000 M. fallen die besser gestellten Arbeiter, kaufmännische Angestellte und Beamte. Da aber ihr Einkommen näher an der Grenze von 2400 M. liegt, wird für sie ein Durchschnittseinkommen von 3600 M. angenommen. 1,6 Millionen Steuerpflichtige zählen zu dieser Gruppe. Die anderen Gruppen über 5000 M. hinaus umfassen wesentlich geringere Ziffern. Bei der dritten Gruppe wird ein Durchschnittseinkommen von 6600 M. angenommen, zu ihr zählen kaum eine viertel Million Arbeitnehmer; und die beiden letzten Gruppen zusammen erfassen rund 83 000 Gehaltsempfänger. Interessant ist die Zusammenstellung der Steuerleistungen, die die einzelnen Gruppen vollziehen. Bei einem Durchschnittseinkommen

von 1750 M.	= 658 Millionen,
von 3600 M.	= 332 Millionen,
von 6600 M.	= 103 Millionen.

Der Rest wird von den beiden letzten Gruppen aufgebracht, so daß die Gesamtsteuerumme aus der Lohnsteuer ungefähr 1200 Millionen beträgt. Zu beachten ist bei dieser Statistik, daß sie sich nur auf die Lohnsteuerpflichtigen bezieht, so daß alle diejenigen Kategorien, die das gesetzlich zugebilligte Existenzminimum nicht überschreiten, in der Statistik nicht mit erfasst sind. Da dies sehr große Zahlen sind, so würde eine Statistik, die ein Durchschnittseinkommen der arbeitenden Bevölkerung darstellt, zu noch wesentlich tieferen Durchschnittszahlen gelangen. Es gibt sehr große Kreise von Arbeitern, die heute ein jährliches Einkommen von 1440 M. nicht erreichen. Mit dieser Einschränkung gibt die Statistik wertvolle Aufschlüsse, ganz besonders hinsichtlich der Steuerleistungen der Lohn- und Gehaltsempfänger.

Der Staat muß sparen. Von dem deutschen Volkseinkommen, das man in Vorkriegszeiten auf 45 Milliarden jährlich schätzte, verbrauchte der Staat rund ein Zehntel, also 4,5 Milliarden. Das heutige Einkommen des deutschen Volkes beträgt man auf 43 Milliarden. Davon verschlingt der Staat aber 11 Milliarden, also noch mehr als ein Viertel. Das erscheint in der Tat eine ungeheuerliche Zahl. Zugabe, daß in manchen die finanzielle Beanspruchung

Der Traum

Es war Sonntag. Vater händigte seiner Frau das Geld für die kommende Woche ein.

Und Frau Simmer staunte und kam überhaupt nicht aus dem Staunen heraus, denn Vater reichte Schein an Schein und Geldstück an Geldstück. Das war doch längst mehr als er verdiente; ja, jetzt überschritt es sogar die Summe, die sie gemeinsam mit ihrem Mann, sie war Heimarbeiterin, hatte.

Stauend sahen auch die Kinder zu. Man sah es ihren Augen an, daß darin viel helle Wünsche brannten. Aber sie wußten es ja von Mutter: das Leben war furchtbar teuer.

„Vater, Mann — ja aber —“, stammelte fassungslos Frau Simmer.

Ihr Gatte strahlte übers ganze gute Gesicht und sah dabei nach seiner blauen Weste hinüber, die auf der sonnigen Veranda lag.

„Ja“, erzählte er, „die Sache ist die: Unser Prinzipal hat uns gestern eröffnet: er fühle sich, wie noch mancher, berufen, mitzuhelfen am Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes. Der erste Grundstein dazu sei die Gewährung auskömmlicher Löhne. Und dieses sei der Anfang.“

Jetzt wird's anders, Kinder. Nun hat das ewige Web der grauen Not ein Ende. Jetzt können wir endlich neu beschaffen, was die lange Kriegszeit verbrauchte.

Und wenn ihr krank werdet, sind nicht mehr, wie bisher, alle Aufbaupläne über den Haufen geworfen.“

Da legten sich zwei rachitische Kinderädchen um seinen Hals, und ein ediges Jungengesicht schmiegte sich an seine bärtige Wange.

„Vater“, bettelte sein Zehnjähriger, „muß darfst du auch nach Königsborn.“

Vater hob das spitze Kinderköpfchen und küßte dabei die Stroselknoten am Hals.

„Natürlich darfst du hin und der Willi auch, und die beiden Mädchen kommen aufs Land.“

Vor einiger Zeit waren die Kinder aus der Schule heimgekommen und hatten erzählt, ein Ferienaufenthalt in Königsborn koste per Kind 60 Mark.

Aber woher sollte er damals 60 Mark genommen haben? Immer Krankheiten, und wenn man auch Arzt und Arznei frei hatte für alle, für die Kinder letztere ja nicht einmal, so ging doch das Geld fürs nackte Leben und gelegentliche Kräftigungsmittel hin.

Und wenn Mutter nicht mitgearbeitet, hätte man Schulden machen müssen.

Aber nun!

„Frau, sagst du denn gar nichts zu der famosen Lohnerhöhung?“ fragte der Mann.

Frau Simmer sah da, tief in Gedanken.

„Vater“, sagte sie mit gedämpfter Stimme und sah dabei vorsichtig nach der Veranda hin.

„Wir müssen zuerst Betten kaufen, Luise muß ein eigenes haben, sie hustet so stark, der Arzt hat es so dringend dazu geraten.“

Vater sah sich zufrieden in der hellen geräumigen Wohnung um und nickte.

Hier mußten sie alle gesund werden.

„Frau“, meinte er dann, und es war ein ferner zärtlicher Klang in seiner Stimme, „du brauchst so nötig endlich einmal ein neues Kleid.“

Sie schwieg, ein bitterer Zug glitt um ihren Mund. Einen Moment nur, dann war sie wieder ganz und nur sorgende Mutter. Sie sah durchlöcherter Kinderschuhe vor sich, schadhafte Kleider und durchgeschuerte Hosen. Ach, das alles würde sich ja in Zukunft leichter beschaffen lassen.

„Vor allem bekommst du jetzt kräftiges Essen“, sagte sie zu ihrem Mann.

Der nahm ihr die Heimarbeit, die sie gerade anfangen wollte, aus den Händen.

„Damit ihr's jetzt alle!“ bestimmte er. „Hier meine Zoppe ist zerissen, und dort fehlt ein Knopf; die Frau gehört ins Haus, aber ganz.“

„Ja“, bat Frau Simmer, „eben nachsehen will ich, ob man unsere Lohnzettel auch aufbesserte.“

Aber der Lohnzettel zeigte die alte Lohnangabe.

In ihre Enttäuschung lachte die Stimme des Mannes: „Ja, ihr Heimarbeiterinnen —“

„Ja, wir sind nur halbe Menschen als Arbeiterinnen“, unterbrach sie ihn zornig. „Für uns gibt's mal nichts anderes, aber wenn ihr vollwertigen Arbeiter einmal freit, da dürfen und müssen auch die Heimarbeiterinnen mitkann.“

Simmer schob seiner ertagten besseren Hälfte schweigend den neuen Lohn zu, und sie lächelte schon wieder veröhnt.

Eine Weile gingen noch ihre beiderseitigen Pläne und Gedanken hin und her, da meinte Mutter: „Da du nun so mühselos, das heißt ohne irgendeine Vermittlung den schönsten Lohn bekommen hast, so können wir doch künftig auch die Verbandsbeiträge spar —“

„Frau“, rief er und schlug mit der Hand auf den Tisch, „da hört denn —“

„Vater“, flüchte da eine müde kranke Mädchenstimme, „was hast du denn?“

Der sah am Tisch, rieb sich die Augen und staunte. Ja, war es denn die Möglichkeit?

Da dachte er ja in seiner engen, dumpfen Hofwohnung. Vor dem Fenster draußen eine Steinmauer an der anderen. Man war wie in einem Schacht. Hoch, hoch oben lugte ein Stückchen Himmel herein.

Und nebenan lag das einzige Schlafzimmer, das war jede Nacht mit sechs Personen belegt. Und wie die Luise hustete!

Jetzt kam die Mutter herein, mit einem schweren Paket Arbeit im Arm. Die anderen Kinder drängten ihr nach. Und man sah ihnen an, es fehlte ihnen Raum und Licht und Luft und kräftige Nahrung.

Mühsam zählte Simmer seiner Frau den Lohn auf den Tisch und erzählte ihr dabei seinen Traum. Still hörte sie ihm zu und meinte dann:

„Wenn nun wirklich die Firmen ein Einsehen hätten und aus sich auskömmliche Löhne zahlten?“

„Das wird nie geschehen“, war die Antwort. „Uns fehlt nur eines, und das ist: treuer, gewerkschaftlicher Zusammenschluß!“

Barmen.

M. Hahn.

des Regierungsapparates eine Erweiterung erfahren hat. Auf der andern Seite sind jedoch große Faktoren ausgefallen, insbesondere die Verwertung großer Provinzen, die große Armee. Zugegeben auch, daß die heutige Leuerung in Rechnung gestellt werden muß. Das erklärt aber immer noch nicht die starke Verschlebung, die in dem Verhältnis zwischen Volkseinkommen und Staatsausgaben eingetreten ist. Besonders bedenklich erscheint dieses Verhältnis, wenn man sich gleichzeitig sagt, daß es zur Verpfändung der deutschen Reichsbahn kommen mußte und daß wir Belastungen auch der Privatwirtschaft haben auf uns nehmen müssen. Für den Loskauf des Saargebietes sollen 30 Milliarden Goldfranken auf den Tisch gelegt werden. Angesichts dieser Lieberlegung scheint doch die Frage gerechtfertigt, ob die Wirtschaft des Staates nicht sparsamer sein müßte. Ueber allzu große Ausgaben der Kommunen, besonders der Steuerüberweisungen, wollen die Klagen nicht verstummen, und über den Nutzen der allzu vielen Parlamente mit ihren offenbar zu hohen Mitgliederzahlen kann man auch zweifelhafter Meinung sein. Ganz Deutschland lebt im Zeichen wirtschaftlicher Not, und Tausende von Arbeitern und Angestellten sind jetzt an die Luft gesetzt worden. Sie erleben ein trostloses Weihnachtsfest. Das Mißverhältnis zwischen Volkseinkommen und Staatsausgaben läßt die Frage berechtigt erscheinen, ob im staatlichen Betriebe man sich tatsächlich auf die durch unsere Lage gegebenen Notwendigkeiten einzustellen versteht. Nicht nur das Volk muß sich einschränken, sondern auch die Vollstrecker des Volkswillens.

Zürsorge für Arbeitslose. Die brennendste soziale Frage des Augenblicks ist die Zürsorge für die in großer Not befindlichen Erwerbslosen. Endlich hat der Reichstag die Sätze der Erwerbslosenunterstützung mit Wirkung vom 14. Dezember ab um 20 Prozent, die Familienzuschläge um 10 Prozent erhöht. Das ist nicht viel, aber wenigstens etwas. Unabhängig davon sind einzelne Länder und Städte dazu übergegangen, von sich aus besondere Maßnahmen zu ergreifen. Baden hat beispielsweise eine einmalige Zuschußunterstützung von 500 000 M. an die rund 18 000 unterstützten Erwerbslosen bewilligt. Der weitere Ausbau der Notstandsarbeiten ist in Aussicht genommen. Insgesamt belaufen sich die finanziellen Sonderaufwendungen für alle Kreise der Reichslande auf ungefähr 5 Millionen Mark. Die Stadt Berlin hat aus Wohlfahrtsmitteln eine Unterstützung der Erwerbslosen von 2 1/2 Millionen Mark pro Monat bis zum 31. März 1926, also rund 10 Millionen Mark im ganzen bewilligt. Außerdem ist eine einmalige Winterbeihilfe für die Unterstützungsempfänger vorzusehen und die sofortige Aufnahme von Notstandsarbeiten in Aussicht genommen. In Betracht kommen hierfür Kanalarbeiter (6 Millionen Mark), Ausbau der M. E. G. Schnellbahn (2 1/2 Millionen Mark) und der Weiterbau der Nord-Süd-Bahn. Mit allem Nachdruck soll vom Reich die der Stadt zufallende Quote der Hauszinssteuer angefordert und versucht werden, darauf hinzuwirken, daß die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geplanten Arbeiten unverzüglich in Angriff genommen und Mittel hierzu zur Verfügung gestellt werden. Die Zahl der Erwerbslosen steigt übrigens von Tag zu Tag.

Wird ein Mangel an Arbeitskräften eintreten? Mit dieser für die Arbeiterschaft bedeutungsvollen Frage beschäftigt sich Regierungsrat Strindén im „Reichsarbeitsblatt“ 44/1925. Der Geburtsausfall der Kriegszeit wird sich nach seiner Meinung ab 1929 auswirken. Das ist das Jahr, in dem die überwiegende Anzahl der im ersten Kriegsjahre Geborenen die Schule verläßt. Der gesamte Geburtenausfall während des Krieges beträgt 3,3 Millionen, übersteigt also den Verlust an den Schlachtfeldern (etwa zwei Millionen) ganz beträchtlich. Im einzelnen wird der Geburtenausfall derart in Erscheinung treten, daß der Arbeitsmarkt einen Ausfall an Jugendlichen wie folgt aufweisen wird: 1929 gleich 80 000, 1930 = 500 000, 1931 = 570 000, 1932 gleich 640 000, 1933 = 590 000. Von 1929 bis 1933 wird also ein großer Mangel an Lehrlingen und jugendlichen Arbeitskräften herrschen. Ab 1935 wird der Arbeitsmarkt wieder einen normalen Zugang Jugendlichen haben. Wird schon ein solch bedeutender, wenn auch vorübergehender Mangel an jugendlichen Kräften in irgendeiner Beziehung fördernd auf unser Wirtschaftsleben wirken, so wird sich der Geburtenausfall voraussichtlich noch viel empfindlicher dann bemerkbar machen, wenn die den Jahren 1915 bis 1919 Geborenen das 18. Lebensjahr erreicht haben werden. Das sind die Jahre 1933 bis 1937. In diesen Jahren wird ein großer Mangel an Volkarbeitern in Erscheinung treten, der sich im Jahre 1937 auf zwei Millionen steigern wird. Ab 1938 wird dann wieder ein vermehrter Zugang von Arbeitskräften zu verzeichnen sein. Auf das genaueste kann natürlich nicht gesagt werden, wie sich die Verhältnisse in den Jahren 1929 bis 1937 gestalten werden. Es ist möglich, daß Absatzeilen die Auswirkungen mildern; das Umgekehrte kann aber auch eintreten. Eins ist sicher: Das Mißverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird sich in jenen Jahren gegenüber jetzt umkehren. Eine Arbeitslosigkeit im eigentlichen Sinne wird es dann nicht geben. Im Gegenteil: Das Angebot von Arbeitskräften wird äußerst knapp sein.

Der einzelne Lohn- und Gehaltsempfänger wird dann natürlicherweise eine entsprechend höhere Bewertung erfahren. Die Arbeitnehmerschaft wird gewerkschaftspolitisch dann ungemein stark sein. Die Arbeitgeber aber werden mit der menschlichen Arbeitskraft sparsamer wirtschaften: Die Mechanisierung Deutschlands wird in ähnlicher Weise vor sich gehen wie das in Amerika geschehen ist, wo ja auch in erster Linie der Mangel an Arbeitskräften zur „Fordifizierung“ geführt hat. Allen beruflichen Stellen: Gewerkschaften, Arbeitgebern und Regierung erwachsen große berufspolitische Aufgaben. Eine Verknappung der Arbeitskräfte legt ihnen zwingend die Verpflichtung auf, sorgsamste Berufsaussätze zu treiben. Nach Möglichkeit muß jede Kraft dem für die geeignetsten Berufszweigen zugeführt werden. Diesem Zweck wird in erster Linie das in Arbeit befindliche Berufsausbildungsgeß zu dienen haben.

Deutschlands Welthandel. Nichts beleuchtet die wirtschaftlichen Folgen des Krieges und der Nachkriegszeit eindrucksvoller als die Tatsache, daß der deutsche Anteil am Welthandel, soweit dafür ausreichende statistische Unterlagen vorhanden sind, soweit zurückgegangen ist, daß er im Jahre 1924 nur 58 Prozent des Vorkriegsstandes betrug. In den beiden vorhergehenden Jahren war das Verhältnis noch schlechter: betrug doch in diesen Jahren Deutschlands Anteil am Weltumsatz nur 44 Prozent gegenüber dem Stand von 1913. Aus dieser Tatsache, daß die Stellung Deutschlands auf dem Weltmarkt sich im

Mitglieder, wahret Eure Rechte!
Zahlt pünktlich Eure Beiträge, damit
Ihr Eure Anrechte auf Unterstügungen
nicht verliert!

letzten Jahre im gewissen Sinne gefestigt hat, darf man jedoch keine zu weitgehenden und trügerischen Entschlüsse ziehen. Eine Uebersicht über den Handelsverkehr der einzelnen Staaten zeigt nämlich, daß sich für Deutschland ein Stand der Dinge herausgebildet hat, der alles andere als völkswirtschaftlich richtig und zweckmäßig genannt werden kann, und der durchaus nicht den Erfordernissen unserer gegenwärtigen Lage entspricht. Es ergibt sich, daß nur der Anteil Deutschlands an der Ausfuhr aller Länder der Welt erheblich gestiegen ist (und zwar von 6,6 Prozent im Jahre 1923 auf 8,9 Prozent im Jahre 1924), während die Ausfuhr Deutschlands zwar absolut ebenfalls eine Zunahme aufweist, die aber angesichts der Tatsache, daß der gesamte Welthandel im Jahre 1924 dem Umsatz nach gegenüber dem Vorjahre gestiegen ist, kaum ins Gewicht fällt. Es spiegelt sich hier der ungünstige Stand unserer Handelsbilanz wider, die eine erheblich größere Einfuhr nach Deutschland als einen Export über die deutschen Grenzen aufweist. Deutschland nahm von der Ausfuhr der europäischen Länder im Jahre 1924: 11,8 Prozent (gegenüber 8,7 im Jahre 1923), von der Ausfuhr Afrikas 5 Prozent (gegenüber 3), von der Ausfuhr Amerikas 7,6 Prozent (gegenüber 6,1), von der Ausfuhr Australiens 2,9 Prozent (gegenüber 2,7) auf. Für alle Erdteile also und, wie ein Blick auf den Außenhandel der einzelnen Länder zeigt, für fast alle Länder der Welt, hat der deutsche Absatzmarkt im vergangenen Jahre an Bedeutung zugenommen. Das ist auffallend als Symptom für die gesamte wirtschaftliche Lage Deutschlands, das in verstärktem Maße Lebensmittel, Rohstoffe usw. einführt, aber keine Ausfuhr, die für unsere Zukunft lebenswichtig ist, aus Gründen mancherlei Art stark erschwert und beeinträchtigt sieht. In keinem Erdteil und fast keinem Lande der Welt hat Deutschland die Stellung im internationalen Warenaustausch wiedergewinnen können, die es im Jahre 1913 befaß.

Die Konsumvereine wirken preisregulierend. Der antike Königsberger „Stadtsangeiger“ nahm in seiner Nr. 47 Stellung zur Frage der Preisentwicklung und Preisgestaltung. Von besonderem Interesse sind folgende Verurteilungen der amtlichen Stelle: „Es steht fest, daß insbesondere der Kleinhandel weitgehend übersteuert ist. Seit Vorendigung des Krieges sind eine Unzahl kleiner Hökererien entstanden, deren Umsatz viel zu gering ist, als daß sie mit den vor Kriegszetteln üblichen Zuschlägen bestehen könnten. Es würde nicht verstanden werden, wenn die Behörden unter scharfen Eingriffen in die freie Konkurrenz gegen diesen offensichtlichen Mißstand aktiv vorgehen wollten, wozu übrigens zurzeit jegliche gesetzliche Grundlage fehlen würde. Dagegen können die Hausfrauen an seiner Verringerung mitarbeiten, wenn sie sich beim Einkauf grundtätig an die größeren Geschäfte halten. Von großer Bedeutung für die Auswirkung der freien Konkurrenz im Kleinhandel ist ferner, daß die Hausfrau sich in jeder Beziehung vom Verkäufer unabhängig hält. Deshalb ist die wieder auftretende Unmütze des „Anschreibenlassens“ scharf zu verurteilen. Die Verbraucherorganisationen legen daher in der Regel für die Deckung der täglichen Lebensbedürfnisse keinen Kredit zu geben. Auch die

Bedeutung dieser Selbsthilfe der Verbraucher darf nicht unterschätzt werden. Selbst wenn man dem freien Handel durchaus sein Recht läßt und der Ansicht ist, daß er unter normalen Verhältnissen in der Lage ist, die vielfachen Bedürfnisse zweckmäßig und auch billig zu befriedigen, so kann man doch andererseits nicht verkennen, daß in sehr vielen Fällen die Konsumvereine jeglicher Art im besten Sinne preisregulierend und preislenkend gewirkt haben.“ — Diese Feststellung sollte man in unseren Kreisen mehr und mehr beachten.

Aus dem Gewerbe

Hilfsarbeiter-Tarif. Am 15. Dezember verhandelten die Tarifparteien im Buchdruckgewerbe über ein neues Lohnabkommen. Es wurde eine Erhöhung des Gehaltenspiegels um 6 auf 54 M. wöchentlich gefordert. Die Unternehmer beantragten Verlängerung des laufenden Lohnabkommens bis zum Ablauf des Manteltarifs am 28. Februar 1926. Das Zentral-schlichtungsamt fälltte am 16. Dezember einen Schiedsspruch, wonach der Lohn bis zum Ablauf des Manteltarifs unverändert bleibt. Infolgedessen traten auch in den tariflichen Löhnen des Hilfspersonals keine Änderungen ein.

Lohnarbeitsbindung für die Kartonnagenindustrie. Der Zentralverband deutscher Kartonnagenfabrikanten hat das bis zum 31. Dezember gültige allgemeinerbindliche Lohnabkommen, mit 83 Pf. Spitzenlohn in Lohnklasse I (Berlin 92 Pf.), gekündigt und dazu beantragt, den Lohn um 16 Proz. zu ermäßigen und den Zuschlag für die 49.—54. Stunde in Höhe von 12 1/2 Proz. fortlassen zu lassen. Die Kartonnagenfabrikanten scheinen eine sehr schlechte Meinung über die Bedürfnisse ihrer Arbeiterschaft zu haben, sonst wäre es nicht denkbar, in heutiger Zeit einen Lohnabbau zu fordern. Nur einer gleichgültigen, jedes Stabesbewußtseins baren Arbeiterschaft kann man zumuten, sich mit weniger Verdienst zu begnügen, als bisher für das Gewerbe vereinbart ist. Wir lassen den Wortlaut des Kündigungsschreibens folgen:

Abschrift!
Zentralverband Deutscher Kartonnagenfabrikanten e. V.
Geschäftsstelle Berlin C 2, Jadenstraße 68.
Berlin C 2, den 15. 12. 1925.
An den Graphischen Zentralverband,
Berlin SO 16,

Kaiser Franz Grenadierplatz 14.
Wie Ihnen bekannt ist, erreicht der gegenwärtige Lohn-tarif am 31. d. Mts. sein Ende. Unsere Tarifkommission hat sich in einer am 13. d. Mts. in Erfurt stattgefundenen, außerordentlich zahlreich besuchten Versammlung eingehend mit der Lohnfrage beschäftigt und dabei folgendes festgestellt:
Die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat sich in allen, alle Verhältnisse weit übertreffenden Weise auch auf unsere Industrie ausgedehnt. Das erhoffte Weihnachtsgeschäft ist nahezu völlig ausgeblieben und zahlreiche Betriebe, die sonst in diese Zeit mit Überstunden zu arbeiten pflegten, haben bereits zur Zugabe und zu Arbeiterentlassungen schreiten müssen. Die weiteren Aus-sichten für die Zeit nach Weihnachten gehen zu den schwersten Ver-schätzungen Anlaß. Unter diesen Umständen muß alles getan werden, um ein Weiterarbeiten der Betriebe nach Möglichkeit sicher zu stellen. Eine der Maßnahmen, die zu diesem Zweck ge-troffen werden müssen, hat unseres Erachtens darin zu bestehen, daß auch die gegenwärtigen Löhne einen Abbau erfahren. Wie sich aus den von unseren Mitgliedern vorgelegten Unterlagen er-gibt, sind unsere Reichsstariflöhne einerseits durch die verschobenen Vorkriegszahlen, andererseits aber auch durch die Herabsetzung der unteren Altersklassen, Erhöhung der Maschinenzulage usw. in einem Ausmaß gestiegen, daß die gegenwärtig von den Betrieben bei unveränderter Beschäftigt und bei der gleichen Stundenzahl aufzubringenden Lohnsummen im Durchschnitt eine Steigerung von mindestens 100 Proz. gegenüber dem Januar 1924 aufweisen. Daß diese Heraushebung der Löhne die im gleichen Zeitraum ein-getretene Steigerung der Lebenshaltungskosten weit übertrifft, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden. Ebenso wird Zher-eits wohl nicht bezweifelt werden können, daß die von unserer Industrie gezahlten Löhne im Vergleich zu denen anderer Industrie-zweige als relativ hoch bezeichnet werden müssen, so daß die Inflation der Kartonnagen-Industrie ergebene Forderung eines Lohnabbaues keine unbillige Zumutung darstellt.
Um den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung zu tragen, müssen wir daher beantragen, daß für die Zeit ab 1. Januar 1926 der Lohnsatz wieder in Kraft tritt, der ab 27. Februar d. Ja-hres Geltung hatte und einen Spitzenlohn der Ortsklasse I von 70 Pf. vorsah.

Was das Arbeitszeitabkommen anlangt, daß am 31. d. M. gleichfalls sein Ende erreicht, so beantragen wir weiter die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes, daß meist also Wegfall des Zuschlages von 12 1/2% auf 49. bis 54. Stunde. Die nähere Begründung unserer Forderungen im einzelnen behalten wir uns für die mündlichen Verhandlungen vor.

Hochachtungsvoll
Zentralverband Deutscher Kartonnagenfabrikanten e. V.
Der Syndikus, Dr. Dr. Siebier.

Die Wirtschaftslage ist gegenwärtig in fast allen Berufsgruppen ungenügend und demzufolge kann auch in der Kartonnagenindustrie kein stotter Geschäftsgang verzeichnet werden. Es ist auch richtig, daß ein Teil Firmen sehr schwach beschäftigt ist und starke Betriebseinschränkung notwendig wurden. Wer will aber der Arbeiterschaft weismachen, daß durch Lohndruck in der Kartonnagenindustrie die Wirtschaftslage im allgemeinen gebessert wird? Wenn die Wirtschaft stökt, dann fehlen dem Kartonnagenfabrikanten die Aufträge, ganz gleich auf welcher Höhe der Lohn steht. Wir konnten bisher feststellen, daß die Kartonnagenfabrikanten, so wenig wie andere Unternehmer, auf Profit verzichten. Ein Lohnabbau schützt die Arbeiterschaft nicht vor Arbeitslosigkeit, sondern führt sie noch mehr ins Elend, zuzmal der Lohnanteil vielfach nur einen geringen Prozentsatz

vom Produkt in sich birgt. Der Hinweis auf den Lohn zu Anfang 1924 ist nicht stichhaltig, zumal in damaliger Zeit die aus der Inflation geborenen, himmelstreichenden Goldlöhne nicht als Maßstab für Berechnungen in Frage kommen dürfen. Ist es außerdem in gegenwärtiger Zeit denkbar, daß Mehrarbeit über 48 Stunden notwendig wird? Wir sagen: Nein! Außerdem halten wir nach wie vor am Achtstundentag fest und fordern, daß Überstunden mit einem besseren Aufschlag beachtet werden. Statt Lohnabbau verlangen wir Lohnsteigerung, zumal in den beiden letzten Jahren die Löhne in der Kartonnagenindustrie nicht mit jenen der verwandten Berufe Schritt gehalten haben. Mit dem Forderung der Organisationen werden die Schwierigkeiten nicht überbrückt, sondern die Arbeiterchaft in der Kartonnagenindustrie muß aus dem Vorhaben der Unternehmer die richtige Lehre ziehen und sich teillos der Organisation angeschlossen.

Allgemeinverbindliche Tarife. Der April-Tarifvertrag und der Reichstariftvertrag mit dem Verband Deutscher Buchbindermeister sind von dem Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung für allgemeinverbindlich erklärt worden. Den Wortlaut bringen wir in nächster Nummer.

Gewerkschafts-Rundschau

Dem Gedächtnis Adolf Stoeders. Am 11. Dezember waren es 40 Jahre, daß Dr. Adolf Stoeder in Halberstadt als Sohn eines Advokaten geboren wurde. Ihm verdankt die christlich-nationale Arbeiterbewegung sehr viel. Stoeder war der erste, der in Berlin der damals sich besonders christentums- und vaterlandsfeindlich gebärdenden Sozialdemokratie öffentlich und mit Erfolg entgegenstand. Ebenso klar hatte Stoeder die Notlage und Rechtslosigkeit der Arbeiterchaft erkannt und das Bürgertum sowie Staat und Gesellschaft mutig und unabweichend auf ihre Verpflichtungen gegenüber der Arbeiterchaft hingewiesen. Er schreute dabei weder vor den Geburts- noch Geldadel zurück. Die Arbeiterchaft rief er zur Organisation und zur Mitarbeit im christlich-nationalen Sinne auf. Er gründete die christlich-soziale Partei. Bei der Gründung des Vereins für Sozialpolitik, der Gesellschaft für soziale Reformen, beim Evangelisch-sozialen Kongress, bei der freien kirchlich-sozialen Konferenz wirkte er entscheidend mit. Auch hat er früh die Notwendigkeit evangelischer Arbeitervereine eingesehen und im Gesamtverband derselben mitgearbeitet. Neben der rein irdischen Tätigkeit und seiner fruchtbareren Arbeit in der Berliner Stadtmision war er eifrig in der Freie, in der Kirchenpolitik, im Reichstag und Landtag tätig. Er galt dort lange Jahre als einer der besten Redner. Im christlich-sozialen Programm vom Jahre 1898 stellte er für die damalige Zeit gerabzu unerhörte Forderungen hinsichtlich des sozialen Versicherungswesens, des Arbeiterschutzes, der Sonntagsruhe und des Wohnungswesens auf. Er trat mit Mut und eiserner Konsequenz für seine sozialen Forderungen gegen eine Welt von Feinden ein. Beim alten Kaiser Wilhelm war er der lebhafteste Befürworter und Treiber zur Durchführung sozialer Reformen. Beim jungen Kaiser hat er einmal erklärt, „Christlich-sozial ist Unsinn“, fiel er in Ungnade, ohne sich dadurch von der von ihm richtig erkannten großen Sache beunruhigt zu lassen. Er hat seine Gelegenheit verkannt, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die gleichberechtigte Eingliederung der deutschen Arbeiterchaft ins Staatsganze als die wichtigste Frage unseres Volkstums anzusehen ist. Die gelbe Bewegung hat er energisch abgelehnt. Gegen die zersetzenden jüdischen Einflüsse im Staats- und Geistesleben unseres Volkes wandte er sich scharf. Wir achten und ehren Stoeder als einen der besten Pioniere auf dem Wege zum Christentum der Tat und als den Förderer unserer christlichen Arbeiterbewegung.

Gewerkschaftliche Selbsthilfe. Der unserem Deutschen Gewerkschaftsbund angegeschlossene Verband weiblicher Handels- und Büroangestellter hat die Schaffung einer Rentenversicherung beschlossen. Diese Versicherung tritt am 1. Januar 1926 in Kraft. Sie beruht auf dem Gedanken der Erwerbung von Anteilen und zwar unter Zahlung eines Monatsbeitrages, der sich je nach dem Alter bei Eintritt in die Versicherung niedriger oder höher bemittelt. Die Leistung der Versicherung tritt im Falle der Berufsunfähigkeit oder im Alter von 65 Jahren ein, wobei eine Wartezeit von zehn Jahren Bedingung ist. Jeder Versicherte kann bis zu fünf Anteilen erwerben. Auf jeden Anteil fällt gleichermäßen eine Rente von 20 Mark monatlich. Jemand, der sich beispielsweise in einem Lebensalter von 25 bis 30 Jahren versichert, muß für fünf Anteil monatlich 11 Mark zahlen. Er hätte dann Anspruch auf eine Rente von 100 Mark monatlich. Im Todesfalle wird bereits nach drei Jahren der Mitgliedschaft ein Beitrag von 100 Mark je Anteil ausbezahlt. Bei Verheiratung werden die geleisteten Beiträge in voller Höhe, ohne besondere Wartezeit, zurückgezahlt, außerdem erfolgt eine einmalige Vergütung des Gesamtbetrages von fünf Prozent.

Wieviel Organisierte gibt es? Die Zahl der Organisierten in der ganzen Welt wird auf 45 204 288 geschätzt. Nach den Feststellungen des „Reichsarbeitsblattes“ verteilen sich die Organisierten in den einzelnen Ländern wie folgt:

Deutschland	13 508 635	
England	5 579 739	
Rußland	5 541 000	
Italien	3 953 444	
Frankreich	1 809 652	
Polen	1 161 093	
Tschechoslowakei	1 180 814	
Österreich	1 178 686	
Uebrige Staaten	3 939 712	
Europa insgesamt		38 152 235
Ver. Staaten Amerikas	4 357 058	
Uebrigen Staaten	1 646 971	
Amerika insgesamt		6 004 029
Australien		726 591
Asien		61 182
		260 251
		45 204 288

Diese Zusammenstellung knüpft sich auf die direkten Angaben der Organisationen ihren nationalen Arbeitsministerien gegenüber. Die Zahlen dürften nach anderen statistischen Feststellungen zutreffend sein.

Die Unternehmer gegen das Betriebsrätegesetz. Sicherlich könnte das Betriebsrätegesetz ein wertvolles Instrument der Entgiftung unseres Wirtschaftslebens sein, wenn es beiderseits im Geiste der Schöpfer gehandhabt würde. Nun ist bekannt, daß viele Unternehmer zwar den äußeren Formalitäten des Gesetzes Genüge zu leisten gewillt sind, vorausgesetzt, daß sie einen ihnen genehmen und unterwürfigen „gelben“ Betriebsrat zusammenbekommen. Sobald jedoch ein Betriebsrat gewählt wird, der neben der Wahrung der Betriebszwecke, wie es seine Pflicht ist, auch die Interessen der Arbeitnehmer vertritt, werden alle unerlaubten Schikanen zur Vereitelung der unbequemen Mäße angewandt. Besonders charakteristisch ist in dieser Beziehung eine Sitzung des Berliner Gewerbegerichts. Die Direktion der Berlin-Karlshofer Industriewerke hatte aus formalen Gründen die am 28. September vollzogene Wahl des Betriebsrates vom Gewerbegericht für ungültig erklären lassen. Sofort nach der Ungültigkeitserklärung wurden zwei Mitglieder des gewählten Betriebsrates, die den Betriebsrat vor Gericht vertreten hatten, entlassen. Als nun am Abend des gleichen Tages durch eine Betriebsversammlung ein neuer Wahlvorstand gewählt worden war, wurde auch dieser entlassen. Einen Tag später mußten auch die übrigen Mitglieder des für ungültig erklärten Betriebsrates gehen. Neunzehn Arbeiter wurden so wegen ihrer durch das Gesetz vorgeschriebenen gewerkschaftlichen Betätigung entlassen. Sie klagten nun auf Grund des § 95 des BRRG. auf Unwirksamkeitserklärung ihrer Entlassung. Vor Gericht gebrauchte trotz der Evidenz der Maßregelung der Nennvertreter die abgestandene Verlegenheitsankrede, die Entlassungen seien lediglich wegen Arbeitsmangels erfolgt. Verkündig, daß in den in Frage stehenden Tagen außer ihnen niemand anders entlassen wurde und sie selbst nicht einmal ihre angefangenen Affordarbeiten fertigmachen durften. Das Gericht erkannte denn auch an, daß die Entlassung der Kläger als unwirksam und ihr Arbeitsverhältnis als fortbestehend zu gelten habe, da die Kläger entlassen wurden, weil sie sich auf die der Firma nicht genehme Vorschlagsliste setzen ließen und für die Wahl dieser Liste eintraten. Es sei darin ein Verstoß gegen § 95 des BRRG. zu erblicken. Es ist notwendig, gegen die offene Sabotage des BRRG. mit schärferen Strafen vorzugehen, um von vornherein schon jeden Versuch zu unterbinden.

Berichte aus unseren Zahlstellen

Wellentirchen. Am 13. Dezember fand im Kath. Gelehrtenshaus unsere Monatsversammlung mit dem Gutenberg-Bund statt. Nachdem Kollege Benöfken einige Rundschreiben bekanntgegeben hatte, sprach Kollege Kittas über die heutige Wirtschaftslage. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. Zum Schluß der Versammlung wurde darauf aufmerksam gemacht, daß das Weihnachtsfest mit Verlosung und Kinderbescherung am 2. Weihnachtstage gefeiert wird.

Nevelaer. Am 12. Dezember fand unsere Monatsversammlung statt. Unser Vorsitzender, Kollege Cose, eröffnete die Versammlung, und konnte außer den Mitgliedern der Zahlstelle auch unseren Bezirksleiter, Kollegen Schmitz, begrüßen. Nachdem der Bericht der Bezirkskonferenz und noch sonstige geschäftliche Angelegenheiten erledigt waren, hielt uns Kollege Schmitz einen Vortrag über die allgemeine Wirtschaftslage, der von den Anwesenden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Der Vorsitzende dankte dem Kollegen Schmitz für seinen lehrreichen Vortrag und schloß die Versammlung mit den Mahnworten, einig und treu zur Organisation zu stehen.

Literatur — Eingänge

Deutsche Arbeit. Monatschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterchaft. Veröffentlichungen nur an den Verlag Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25. Preis vierteljährlich 2,25 Mark.

Es gibt keine andere Zeitschrift, die so tiefgründig die Fragen Gewerkschaft, Volk und Wirtschaft behandelt, wie die „Deutsche Arbeit“. Dem vorwärtsstrebenden Gewerkschaftler ist sie zur Vertiefung seiner Kenntnisse und zur Anregung unentbehrlich. Die Fülle des im laufenden Jahre zur Behandlung gekommenen Stoffes zeigt das gut gegliederte Inhaltsverzeichnis, das dem Dezemberheft beigelegt ist.

Kollektives Arbeitsrecht. Eine Einführung von Wilhelm Derffel, Band 16 „Bücher der Arbeit“, Echo Verlag, Tübingen. Preis gebunden 2,50 M. Zu beziehen vom Christlichen Gewerkschaftsverlag, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25.

Die vorliegende Schrift will weder ein Kommentar noch ein Verkon, sondern ein Lehrbuch sein für solche Leute, die täglich mit den Fragen des Arbeitsrechtes zu tun haben. Einfach und anschaulich sind die Dinge geschrieben, die jeden Gewerkschaftler betreffen. Die vielen Beispiele aus der Praxis machen die Darstellung besonders wertvoll. Das Buch enthält folgende Hauptkapitel: die Grundgedanken des kollektiven Arbeitsrechtes; den Tarifvertrag; die Betriebsvereinbarung; das Schlichtungswesen; die rechtliche Regelung des Arbeitsverhältnisses.

Graphischer Zentralverband Köln a. Rh.

Schiffstraße: Bismarckstr. 9, Fernspr. Rheinland 2885
Kohlschötenstr. Köln 15171

Abrechnungen vom 9. Vierteljahr fanden ein bis zum 19. Dezember: Barmen, Arnberg, Hagen, Donauwörth, Ludwigshafen, Bremen, Pölnck. Nach 9 Zahlstellen sind mit der Abrechnung zurück.

Gelder gingen ein bis zum 19. Dezember: Donauwörth, Bielefeld, Dortmund, Biersdorf, Ohlmen, Stuttgart, Mittelwalde, Hamm, Arnberg, Pölnck, Crefeld, Arnberg, Seelbach, Paderborn, W. Gladbach, Hagen, Hannover, Breslau, Neudorf, Cleve.

In diesem Jahre sind 53 Beitragswachen zu verrechnen. Am 4. Vierteljahr sind 14 Beiträge zu leisten. Die Woche vom 27. Dezember bis 2. Januar 1926 gilt also noch für das 4. Vierteljahr.

Bei der großen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ist es besonders wichtig und notwendig, die Statistiken der einzelnen Zahlstellen für den Monat November haben sehr viele Zahlstellen keine Karten eingekauft.

Vom 1. Januar werden an alle Zahlstellen die Abrechnungsfomulare für das 4. Vierteljahr versandt. Sollte nach diesem Termin die Sendung nicht eingetroffen sein, bitten wir um Mitteilung.

Zeilenpreis 10 Pfennig
Vorauszahlung erforderlich
Anzeigen
Zahlstellenanzeigen
kosten 5 Pfennig die Zeile

Auf jede Frage
die richtige Antwort:

Der Kleine Herder

Nachschlagewerk über
alles für alle

In
leichtestem
Ganzleinen-
band
80 M.



In
Faltformat
mit Kopf-
goldschnitt
40 M.

In jeder Buchhandlung zur Ansicht

Unsern lieben Kollegin

Anna Jansen

zur Vermählung
die herzlichsten Glück-
wünsche.

Zahlstelle Köln.

Gewerkschafts- nadeln

Preis einzeln 80 Pf., einzeln 60 Pf.
und Verpackung

Christl. Gewerkschaftsverband
Stn.-Wilmersdorf, Kaiserallee 25

Unsern lieben Kollegen

Franz Rody

und seiner lieben Braut
die herzlichsten Glück-
wünsche
zur Vermählung.

Zahlstelle Köln.

Nach kurzer Krank-
heit verschied unser lieber
Kollege

Peter Linden

im Alter von 64 Jahren
sein Andenken hält
in Ehren

Zahlstelle Bonn I.

Weihnachtsabend

Die fremde Stadt durchschritt ich sorgenvoll
Der Kinder denkend, die ich lieb zu Haus.
Weihnachten war's, durch alle Gassen scholl
Der Kinderjubil und des Warts Gebraus.

Theodor Storm.

Wie ist unsere Wirtschaftslage?

Die wirtschaftliche Lage ist im allgemeinen nicht so schlimm, wie sie von den Unternehmern hingestellt wird. Leider läßt sich die Deffizientität einschließlich der Regierung und der Schlichtungsinstanzen von dieser Schwarzmalerei zu sehr beeinflussen.

I.

Immer noch redet man vom Wiederaufbau als einem notwendigen Erfordernis. Man tut so, als ob er noch vollzogen werden müßte. Man verlangt Opfer. Er ist jedoch längst vollzogen.

a) In der Landwirtschaft, die immer noch die Hauptgrundlage unserer Existenz bildet, ist die alte Ertragsfähigkeit des Bodens fast wieder erreicht, hier und da wohl schon überholt. Die Bauernhöfe sind mit Gebäuden, Maschinen, Geräten, Düngemitteln durchweg besser ausgerüstet als vor dem Kriege.

b) In der Industrie und Gewerbe ist nicht zu wenig, sondern eher zu viel aufgebaut. Wir haben Bergwerke, Fabriken und vor allem Verkehrsanlagen und -einrichtungen in einem Maße, daß sie längst nicht alle voll ausgenutzt werden.

c) Wiederaufgebaut ist auch unser Finanzwesen. Unsere Währung ist stabil. Dafür, daß sie es bleibt, ist durch gesetzliche Verfestigung der Reichsbank, durch die Persönlichkeit des Reichsbankpräsidenten und durch den Reparationsagenten georgt.

II. Von den Anlagen und Einrichtungen zur Produktion und zum Verkehr zu unterscheiden ist der Beschäftigungsgrad. Hier ergibt ein Ueberblick über die gesamte Volkswirtschaft ungefähr folgendes Bild:

Gut beschäftigt waren im letzten Jahre und sind durchweg auch heute noch: der Kalibergbau (nie gekannte Konjunktur), der Braunkohlenbergbau, der östliche Steinfolienbergbau, die Chemie, das Textilgewerbe (Konjunktur in Glasfeld), die Holzverarbeitenden Gewerbe, das Nahrungsmittelgewerbe (Konjunktur der Brauereien), das Buchdruckgewerbe (Hochkonjunktur) und die Elektrizitätsindustrie.

III.

Von den Produktionsmöglichkeiten (den vorhandenen Produktionsmitteln nach) und dem Beschäftigungsgrade zu unterscheiden ist der Betriebsertrag, und zwar sowohl der Güterertrag als auch der Geldertrag.

Was den Güterertrag anbelangt, so kann man heute doch wahrhaftig nicht mehr behaupten, daß er in irgendeinem Wirtschaftszweige etwa infolge mangelhafter Anlagen oder mangelnder technischer Betriebsmittel oder gar wegen Mangels an Arbeitslust und Arbeitsdisziplin mit dem früheren Stande nicht vergleichbar sei.

Was den geldlichen Ertrag, also den Gewinn anbelangt, so kann auch dieser im allgemeinen unmöglich so schlecht sein, wie er täglich hingestellt wird. Sonst wäre es nicht erklärlich, daß von der deutschen Wirtschaft immer noch so viel, zum Teil recht Bedeutliches, unternommen wird.

IV.

Nun ist gewiß zuzugeben, daß es durchaus wünschenswert ist, daß Beschäftigungsgrad und Ertrag noch weit allgemeiner und höher seien. Welches sind die Gründe, die eine allgemeine und bessere Blüte der Wirtschaft hindern?

Nicht, oder doch nicht in dem Maße, wie es vielfach behauptet wird, sind hinderlich: die Passivität der Handels- oder Zahlungsbilanz, die Soziallasten, die Steuern, die hohen Frachten, die hohen Löhne, die Minderleistung der Arbeiter, die verkürzte Arbeitszeit.

Die Handels- und Zahlungsbilanzen haben jetzt überhaupt nichts mit dem Gange der Wirtschaft und dem Ertrag zu tun; in ihnen spiegelt sich nur in einem gewissen Grade unsere gesamtwirtschaftliche Verfassung wider. Soziallasten, Steuern und Frachten sind gewiß nicht niedrig, wenn man sie mit früher vergleicht; ob sie aber im Vergleich mit den heutigen Gewinnsummen so hoch sind, daß sie auf den Gang der Wirtschaft hemmend wirken, muß besonders auch bezweifelt werden.

Daß weder die gegenwärtigen Löhne zu hoch, noch die Arbeitsleistung zu gering, noch die Arbeitszeit zu kurz sei, ist so häufig sichthaltig widerlegt worden, daß darauf nicht näher eingegangen zu werden braucht;

in der letzten Zeit scheinen diesbezügliche Begründungen der „prelären Lage“ unserer Wirtschaft auch nicht mehr so häufig, man erwartet wohl keine Wirkung mehr von ihnen.

Aber die Lasten aus dem Dawesplan! Und die Sachlieferungen an die Entente! — Nun, diese Lasten sind ja bisher erst zu einem geringen Teil in Wirksamkeit getreten. Teilweise hat man uns vom Auslande das Geld zu ihrer Bestreitung geliehen. Sodann aber: für den einzelnen Unternehmer oder auch gewisse Gewerbezweige (nämlich die liefernden) können sie sogar eine Befreiung, eine Gewinnmöglichkeit sein, denn die Lieferungen werden ihnen zu gut bezahlt, und zwar vom Staate, d. h. vom Volke. Werden bezahlt mit hohen Abgaben und niedrigen Löhnen.

Sucht man nach den wahren Gründen, so stößt man auf folgende:

1. Die Zollmauern und das Fehlen von Handelsverträgen. Die einzelnen Völker sind in den letzten zehn Jahren dazu übergegangen, sich in erhöhtem Maße von einander abzusperrten. Zollmauern begegnen wir und begegnen jedes andere Volk in der ganzen Welt. Teils hat dieses Sichabsperrn der Völker seinen Grund in seiner selbstischen Einstellung; man will für sich sein, etwa aus Nationalismus. Teils liegt es auch daran, weil die Unternehmer des Landes während des Krieges Werte aufgebaut haben, die beim Ansturm der Weltmarkt-Konkurrenz unter Ausnutzung des selbstischen Ganges des Volkes nationalwirtschaftlich zur Selbständigkeit noch errichten wollen; die Wirkung ist jedenfalls die, daß der Absatz auf dem Weltmarkt für uns gehemmt ist.

2. Das unbedachtame Drauflosbauen und -gründen in und nach der Inflationszeit hat zusammen mit veränderten Binnenbedarf- und Weltmarktverhältnissen dazu geführt, daß der industrielle Apparat in wichtigen Gewerbezweigen, wie Bergbau, Eisenindustrie und Bankwesen, zu groß ist. Hier kann kein Vollbetrieb sein, hier tut in einem gewissen Umfang Abbau und Umbau not. Deswegen macht sich auch hier am meisten Kreditnot bemerkbar, weil es zum Teil an der Kreditwürdigkeit fehlt. Der hier notwendige Ab- und Umbau bringt soziale Härten mit sich, die sich aber bei gutem Willen von Staat und Unternehmertum wesentlich mildern lassen.

3. Das Draufloskonsumieren war nicht minder hemmungslos, wie das Drauflosproduzieren. So haben sich ganze Gewerbezweige entwickeln können, die nicht im Einklang stehen mit dem selben wirtschaftlichen Gebaren eines vernünftigen, von der Natur nur mittelmäßig mit Gütern bedachten, in hohem Maße geistig veranlagten Volkes. So wird die Kaufkraft zersplittert und die Entwicklung der Sparkraft gehemmt.

4. Die überhohen Preise (auch des Geldes) führen zu kleinem Umfange, an dem man möglichst viel verdienen will. Die Kaufkraft wird dadurch geschwächt und damit auch der Binnenmarkt. Dies ist das Ergebnis der Monopol-, Kartell- und Syndikatspolitik. So lange und laut haben die Unternehmer und Händler nach freier Wirtschaft geschrien, d. h. die Wirtschaft müsse frei sein von der Einflußnahme des Staates. Das haben sie im großen und ganzen erreicht. Und dann haben sie sich selbst untereinander gebunden. Sie haben damit den Regulator der Preise in einer freien Wirtschaft ausgeschaltet: die freie Konkurrenz.

5. Diesen Preisen gegenüber sind die Löhne und Gehälter sozial und wirtschaftlich zu niedrig. Höhere Löhne bei gleichen Preisen stärken die Kaufkraft, besonders auf dem Binnenmarkt, und ermöglichen Sparen und dadurch Kapitalneubildung.

6. War nicht genügend berücksichtigt sind bisher die schlechten Zahlungsmitteln der Unternehmer und Händler. Man setzt nicht mehr, wie früher, seine Ehre darin, jegliche Schuld, besonders Wechselschulden, pünktlich zu bezahlen. Zahlungsmittelmangel und Zahlungsunfähigkeit sind sozusagen gesellschaftsfähig geworden. In diesem Gebaren und dieser Auffassung in Gesellschaft kommt dann im Lager der Wirtschaft noch ein erkennliches Maß von Bürokratismus. Dadurch wird der Wirtschaftsapparat schwerfällig.

V.

Was geschehen müßte, geht aus dem Vorstehenden wohl mit Deutlichkeit hervor. Ob es geschieht, hängt wesentlich davon ab, welche wirtschaftsgehaltende Kraft die organisierte Arbeitnehmerkraft zu entfalten vermag. Alle anderen Gruppen — mit Ausnahme vielleicht der Bauern — haben kein großes Interesse an der Veränderung der Zustände. Gewiß klagen sie, aber es geht ihnen gar nicht so schlecht dabei.

Franz Röhr.

Schmiebet Waffen!

Waffen? Haben uns Maschinengewehre und Handgranaten nicht genug Leid und Elend gebracht? Wozu Waffen? Werkzeuge brauchen wir, um unseren Beruf ausüben zu können; Material brauchen wir, um etwas zu produzieren. Aber Waffen?

Wemach! Wir brauchen Waffen! Zwar keine Waffen, um etwas zu zerstören und zu vernichten, sondern Waffen im Kampf um unseren Aufstieg und unsere Gleichberechtigung im Staat, in Wirtschaft. Dieser Kampf kann niemals mit Kanonen und giftigen Wafen geführt werden; hierzu gehören andere, wertvollere Waffen, die Waffen des Geistes. Wissen ist Macht! Wäre die Arbeiterschaft mehr von der Wahrheit dieses Satzes durchdrungen, und hätte sie danach gehandelt, es stünde anders, besser um den Arbeiterstand.

Aufstieg des Arbeiterstandes? Haben wir diesen nicht in den letzten Jahren in beispielloser Schnelligkeit erlebt? Gleichberechtigung - ist sie nicht erkämpft worden? Haben wir nicht das gleiche Wahlrecht? Haben wir nicht Arbeiter in den höchsten Stellen des Staates sitzen können? Haben wir nicht das Ueberbleibsel aus dem Mittelalter, die Gefindeordnung, zerfallen können und selbst dem Unmüchtigsten unserer Standesgenossen den Aufstieg zum menschenwürdigen Teile erkämpft? Unvergleichbar ist es ja. Wozu andere Stände, man denke an den Bauernstand, Jahrhundertlang gebraucht haben, ist der Arbeiterstand in wenigen Jahren zugefallen.

Aber einmal eine andere Frage. Wie sieht es nun in wirtschaftlicher Hinsicht um unseren Stand? Ist es denn auch in materieller Hinsicht besser geworden? Können wir nun auch entsprechend unserer Gleichberechtigung in politischer Hinsicht gleichberechtigt leben und teilnehmen an den Gütern dieser Welt? Bestimmt nicht! Wir wissen es ja alle zu gut, daß in dieser Hinsicht von einem Aufstieg nicht die Rede sein kann. Die Ursache, warum es so ist, ist nicht schwer zu erkennen. Ein Beispiel: Das Betriebsrätegesetz. Es ist lange darum gekämpft worden. Trotzdem, unerwartet schnell fiel es der Arbeiterschaft eines Tages als reife Frucht in den Schoß. Was ist aber heute nach 4 Jahren des Betriebsrätegesetzes von diesem als Machtfaktor übriggeblieben? Nüchternes Nix. Einfach deshalb, weil die Masse der Arbeiterschaft und damit die Betriebsräte nicht fähig waren, das aus diesem Gesetz zu machen, was es für die Arbeiterschaft hätte werden können. Stützpunkt um Stützpunkt hat sie aufgeben müssen oder ist ihr durch Paragraphenverdrehung gerissen, den Arbeitgeberstandpunkt vertretender Juristen entzissen worden. Mit aller Deutlichkeit hat sich hier einmal gezeigt, daß es nicht möglich war, dieser Verdrehungskunst gegenüber gleichwertige Kräfte aus dem Arbeiterlager entgegenzustellen, und zweitens mußte es offenbar werden, wie wenig die Arbeiterschaft geschult war, um diesen ihr so wichtigen Aufgaben gerecht werden zu können. Es genügt eben nicht für einen Betriebsrat, zu wissen, Paragraph so und so B.M.G. heißt so und so, sondern es erfordert von ihm ein

bedeutendes Maß von Umsicht, Ueberblick und Sachkenntnis, die ihm keine acht Schuljahre leider nicht vermitteln können.

Wie hier beim Betriebsrätegesetz, geht es auch in anderen Dingen. Mit dem äußeren Aufstieg hat der innere Fortschritt nicht Schritt zu halten vermocht. Ueber diesen Stillstand in der geistigen Weiterbildung darf auch der glänzende Aufstieg und die beste Bewährung einzelner in den hohen und höchsten Kreisen nicht täuschen. Das war eben der Aufstieg dieser einzelnen, nicht aber des Standes selbst. So natürlich und wichtig dieser Aufstieg der Einzelnen aus der Masse auch sein mag, so darf sich doch mit ihrem Aufstieg die Entfernung ihres Bildungsgrades von dem der Masse nicht vergrößern, sondern muß diese im gleichen Tempo nach sich ziehen oder aber die große Masse diesem folgen. Denn nur, wenn jeder einzelne Standesgenosse ohne weiteres befähigt ist, die Lücken, die der Aufsteigende in jedem Abschnitt seines Emporkommens hinterläßt, auszufüllen, ist ein Festhalten und Besitzergreifen des Erklämpften möglich. Mit anderen Worten: Die Arbeiterschaft muß entsprechend ihrer Bedeutung und ihrer Zahl im Staats- und Wirtschaftsleben auch verhindern, den geringen Bildungsgrad zu erreichen, den andere Stände besitzen.

Dieser notwendige Bildungsgrad besteht einmal in der Tüchtigkeit im Beruf. Das Bestreben, Qualitätsarbeiter zu sein, muß Allgemeingut werden. Darüber hinaus aber muß sich der Geisteskreis erweitern und die Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge, ausgehend von der Werkstätte, dem gesamten Berufsstand, seine Einfügung in den gesamten Wirtschaftskörper des Staates, die Bedeutung dieses Wirtschaftskörpers in der Weltwirtschaft usw., sich zu eigen machen. Die moderne Wirtschaft ist ein so zartes Mahagonizimmer, ein Käsewerk, in dem Tausende von Käsechen ineinandergreifen, die die ganze Aufmerksamkeit derer erfordert, die es verantwortlich einstellen und - seine Angewiesenen sein wollen. Denn das ist der Kern der Sache: Solche, die am befähigsten sind, dieses Käsewerk am reibungslosesten laufen zu lassen, sind auch diejenigen, die den größten Nutzen davon haben. Ziehen wir nun hieraus einmal einen Rückschluß, so liegt folgendes klar auf der Hand: Weil eben der Arbeiterstand so wenig in der Lage ist, seinen Einfluß geltend zu machen, ist er eben derjenige, der den geringsten Nutzen aus der Wirtschaft herausziehen kann - denn Wissen ist Macht!

Was im vorhergehenden immer die Rede vom Arbeiterstand, so muß, so widerspruchsvoll es nun einmal klingen mag, eigentlich behauptet werden, daß diesem Stand eigentlich in seinem „Standstum“ noch manches fehlt. Wir wissen es, dieser Stand ist wie ja schließlich andere Stände auch politisch und gewerkschaftlich zersplittert und bekämpft. Vor allem auch deshalb, weil der eine Teil sich als Stand die Gleichberechtigung erzwingen will und der andere Teil als „Masse“ herrschen will. Doch davon soll hier nicht die Rede sein, sondern von der, sagen wir einmal

besonderen „Standesbildung“. Hiermit soll nun nicht etwa die gesellschaftliche Bildung (Kenntnis usw.) gemeint sein, sondern jene besondere Linie, auf der sich die Allgemeinbildung des betreffenden Standes bewegt.

Nehmen wir als Beispiel: Im sogenannten Mittelstand muß man mindestens eine fremde Sprache sprechen, sich über Literatur und Kunst oder Spezialgebiete derselben standesgemäß unterhalten können. Man muß dieses oder jenes Werk gelesen haben usw. Eben diese bestimmte Stufe muß man erreicht haben, um „standesgemäß“ auftreten zu können. Auch die Arbeiterschaft hätte alle Ursache, sich eine solche Standesbildung anzueignen. Was wäre nun hierunter zu verstehen? Natürlich das, was den Arbeiter am meisten angeht, die „Zustandesecke“. Die Kenntnis des Tarif, Arbeitsnachweis, Erwerbslosenfürsorge, Sozialversicherungswesen usw. müssen Allgemeinut des Arbeiterstandes werden.

Wie sieht es nun mit den Möglichkeiten, sich diesen Bildungsgrad zu verschaffen? Es darf ohne weiteres behauptet werden, daß diese unbedingt gegeben sind. Träger dieser Möglichkeiten sind in allererster Linie die Gewerkschaften, einmal durch die Gewerkschaftspresse. Wer diese regelmäßig liest und richtig liest (mit Verstand), wird mehr daraus lernen als die neuen Kohlsäfte. Die Gewerkschaften sind aber auch dazu übergegangen, neben den Fachblättern, die Informations- und Bildungsorgane sind, reue Bildungsorgane herauszugeben („Deutsche Arbeit“, Bildungsblätter für die christl.-nat. Arbeitnehmerschaft), die in freierwilligster Form alle für die Arbeiterschaft bedeutsamen Fragen behandelt. Ebenso bedeutungsvoll ist aber auch die direkte Schulung, die die Gewerkschaften betreiben. Zahlreiche Kurse, Vorträge und Vorlesungen sollen der Arbeiterschaft das Wissen vermitteln, das notwendig ist, um wirksame Standesarbeit leisten zu können. Unterstützt wird diese Bildungsarbeit durch umfangreiche Bibliotheken, die die einzelnen Verbände für ihre Mitglieder eingerichtet haben. Der Bezug von Büchern wird durch eigene Verlage und Buchhandlungen äußerst günstig gestaltet.

Alle diese Bestrebungen, die die ganze Kraft vieler erfordern, müssen auch in Zukunft zur Unfruchtbarkeit verurteilt bleiben, wenn die Arbeiterschaft nicht endlich aufwacht und den Weg, der gewiß mühevoll und auch langweilig ist, beschreitet, der einzig zum Ziele führt. Es gibt keinen anderen Weg, der so sicher zum Ziele führt. Es gibt keinen anderen Weg, der so sicher zum Gelingen führt. Die Erfahrung hat es bewiesen. Auch die Besitzergreifung der gesamten politischen Macht durch die Arbeiterschaft hat dem russischen Arbeiter nicht ein besseres Leben bringen können. Durch ein Meer von Blut und Tränen schreitend, hat er erkennen müssen, daß Wissen Macht ist. Und er handelte danach. Den russischen Arbeitern aber, die sich zu dieser Erkenntnis durchringen mußten, wird das Wissen nicht so bequem gereicht, wie es uns geboten wird. Wissen ist Macht - darum ergreift diese Macht, erwerbt auch dieses Wissen!

Berlin. Erwin Preis.

Beruf und Strebertum

Weißt du, was ein Streber ist, lieber Freund? Ich spreche über dieses heikle Thema nicht etwa, damit du nun auf einen Standesgenossen oder einen, der über dir steht, mit Fingern weisen und sagen sollst: Das ist ein Streber, sondern daß du einmal bei dir selber nachschaust, ob nicht auch du die Anlage zum Streber in dir hast. Es ist nämlich heutzutage etwas Abgeschmacktes um die Streberei, und man kann wohl sagen, daß sie die Männerkrankheit unserer Tage ist wie die Mode die Frauenkrankheit. Eine ganze Menge Menschen, die vorankommen, etwas werden, Karriere machen wollen, sind von ihr befallen, und ich könnte dir darüber die tollsten Einzelheiten erzählen. Es ließe sich ein Buch darüber schreiben: „Die Kunst, Karriere zu machen“, und es würde für einen Menschen von einigem Anstandsgefühl keine gerade erquickliche Lektüre sein.

„Aber darf man denn nicht sich bemühen, daß man an eine Stelle kommt, zu der man die Fähigkeit und Kraft in sich fühlt?“ so fragst du.

Aber darum handelt es sich gar nicht, wenn man von Streberei spricht. Wenn ein Vater seine Fähigkeit und Kraft ehrlich ausbildet, um desto besser und treuer seiner Familie dienen zu können, so ist das keine Streberei. Wenn ein Mensch an der Stelle, wohin er gestellt ist, ehrenhaft und genau und treu seine Obliegenheiten erfüllt, so folgt er seinem Berufe. Er tut, wozu ihm sein Gewissen, seine Menschen- und Christenliebe drängt. Er fragt nicht danach: „Wird es auch gesehen, kommt auch etwas für mich dabei heraus?“

Sieh, damit sind wir dem Wesen der Streberei schon ein gut Stück näher gekommen: Sie ist das Gegenteil von Beruf, man kann auch sagen: Sie ist Berufserfaß.

Ein Berufener dient Gott an der Stelle, wo er steht; er folgt einem heiligen Rufe Gottes. Die Nichtachtung seines Handelns ist sein lebendiges Ge-

wissen. Er hat eine Ehre in sich, der wäre es zu nahe, Minderwertiges zu tun und zu leisten. Er würde sich dessen schämen vor seinem Gewissen. Der wahrhaft Berufene drängt sich nicht vor und drängt sich nicht auf. Er ist erfüllt von dem Werk, das ihm in die Hand gegeben ist, das durch ihn geschafft und vollendet werden soll. Er scheut keine Mühe, keine Selbstüberwindung, er schreckt vor keiner Schwierigkeit zurück, er setzt sein Leben daran und fragt nicht: Was kommt dabei heraus? Der Dienst am Werk ist ihm Inhalt des Lebens. Das Wort „Werk“ mußst du dabei richtig verstehen: es ist alles, was erst durch Wirken zu dem wird, was es sein soll: die Familie ist ein solches Werk, auch die Gemeinde, auch die Arbeitsgemeinschaft, auch der Staat.

Ganz anders der Streber. Es ist ihm mehr um sich selber zu tun, daß er ein Pöschchen, eine gute Wohnung, eine Verjorgung oder auch ein Thürchen habe, als um das Werk. Er „arbeitet sich dran“, wie ein bezeichnender Ausdruck heißt.

Ah, es gibt viele Mittel und Wege, auch Schleichwege, sich dranzuarbeiten. Hat eine Behörde ein Pöschchen zu vergeben, so macht man vor ihrem Träger oder bisweilen auch vor der „gnädigen Frau“ Pöschchen geben; oder man wendet sich an einen guten Freund, oder auch an die Organisation, die gerade „Trumpf“ ist. Man wird schließlich Mitglied in diesem oder jenem Verein, man hält eine „beachtenswerte“ Rede, und dann geht die Schieberei hinter den Kulissen los. Hat das Pöschchen zu vergeben, so ist die Sache verhältnismäßig einfacher: man wird Demagoge, d. h. Phrasendrescher, macht in „hurra, hurra“ oder in „psui, psui“, so kann es nicht mehr fehlen.

Der Streber ist das Gegenteil des Berufenen. Während der Berufene vor dem Werk mit seiner Verantwortung und seinen Pflichten steht und schwer daran trägt und darunter leidet, keine Mühe und Arbeit scheut und tiefer und tiefer in den Geist der Verantwortung einbringt, steht der Streber da als der lächelnd Triumphierende: „Es ist erreicht!“ Der

Berufene bedeutet etwas für das Werk, er gibt ihm das Bestreben, er sucht es mit der ganzen Kraft und Leidenschaft seiner Seele zu heben und zu fördern, er leidet daran und sorgt sich und bangt darum Tag und Nacht. Er ist mit sich selbst dauernd unzufrieden, und wenn er alles getan hat, so spricht er doch zu seinem Gott: „Ich bin ein unnützer Knecht.“ Dem Streber liegt an dem Werk eigentlich nichts. Es ist „für ihn da“. Er dreht seine Nöhle, er hat seine sogenannte Routine, nun ist alles in bester Ordnung. Er ist mit sich selbst aufs beste zufrieden: „Bin ich nicht ein famosier Kerl?“ Das läßt er gern auch anderen fühlen, daß er „ein famosier Kerl“ ist.

Ja, Freund, wenn es einmal gelänge, die Berufenen von den Strebern zu scheiden! Das Werk in die Hände der Berufenen zu legen! Das ist es doch, worauf es ankommt: Die Berufenen herauszufinden, wo immer es sich in der Welt um Verantwortung handelt, sei es für die Familie oder die Schule, sei es für die Arbeit, sei es für die Gemeinde und Staat. Das Wesentlichste des Berufenen hat uns der Herr gesagt: Nicht, wer sich vordrängt, wer in der Doffentlichkeit Lärm macht, sondern wer sich in echter Demut zurückhält, wer sein Aufstehen und Wesen von sich macht, das ist ein Berufener.

Wird es möglich sein, die Leitung und Verantwortung in die Hände der Berufenen zu legen? In England sind heutzutage sogar die Arbeiter so weit, daß sie von dem sich vordrängenden Streber und Pöschchenjäger sagen: „Er ist ein bißchen unmöglich.“ Nur ein wahrhaft freies Volk kann sich zu dieser Höhe erheben, daß in ihm alle Schreier und Schwäger und Streber ein bißchen unmöglich sind. Aber es gehört eine hohe sittliche Kraft dazu, sich selbst von der verlogenen Streberei und Pöschchenjäger freizuhalten, ein starkes Ehrgefühl und ein Absehen vor allem Gemeinen, und eine ebenso hohe sittliche Kraft gehört dazu, den Streber zu durchschauen und dem Berufenen vor ihm den Vorzug zu geben.

Anton Heinen (Wesst. A.-Ztg.)